



Dachverband

Ausgabe
Nr. 35 digital
April 2015

KOMMUNALES management "digital"

Fachzeitschrift des Fachverbandes der leitenden Gemeindebediensteten Österreichs

inhalt

2 Dachverband

Vorwort des Bundesobmannes

3 LV Tirol

17. Bundesfachtagung

4-5 LV Tirol

*Landesfachtagung/Neuwahl
17. Bundesfachtagung
Rechtsschutzversicherung*

6-7 LV Salzburg

*WLAN am Dorf- bzw.
Schulvorplatz*

8-9 BA-CA

Es geht auch anders

9 Gemeindebund

BürgermeisterInnen - Seminar

10-11 LV Oberösterreich

*Elektronischer
Vergabehelfer „eVer“*

12 LV Kärnten

*Bezirkstagung
Spittal an der Drau*

13 Donau-Universität Krems

Verwaltungsmanager/in

14 LV Vorarlberg

Homepage aktuell

14-15 Europabüro

20 Jahre Salzburg bei der EU

16 AMD Salzburg

Ferialpraktikantinnen



Foto: Mag. Erwin Fuchsberger

Wir wünschen
ein schönes Osterfest!

Diese Ausgabe wird
unterstützt durch:

Bank Austria

Member of UniCredit

Herausgeber, Eigentümer und Verleger:

FLGÖ - Fachverband für leitende
Gemeindebedienstete Österreichs,
Dachverband,
9800 Spittal a.d.Drau

homepage:
www.flgö.at

Für den Inhalt verantwortlich:

Franz Haugensteiner MSc
Bundesobmann des FLGÖ

Zweck der Herausgabe:

Fachinformation für leitende
Gemeindebedienstete Österreichs

Erscheinungsrhythmus:

vierteljährlich
in digitaler Form

Kontaktadresse des Bundesobmannes

Franz Haugensteiner MSc
Pöchlarnstr. 17-19
3251 Gemeinde Purgstall
an der Erlauf

Tel.: 07489/2711-11

E-Mail:
amtsleitung@purgstall.at



Vorwort des Bundesobmannes

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Sehr geehrte Damen und Herren!



„Das Amt der Zukunft ist durchlässig aufgebaut und greift abteilungs- und ressortübergreifend auf formelles und informelles Wissen zu, das von den Mitarbeitern geteilt, ergänzt und bewertet wird“, das sagte der oberste Beamte des Staates, Dr. Manfred Matzka bei unserer Bundesfachtagung am 11.9.2013 in Linz. Er stellte damit fest, dass verfahrensorientiertes Handeln mehr und mehr durch kollaboratives Arbeiten ersetzt wird. SC Dr. Matzka überraschte mit sehr offenen Worten zur notwendigen Verwaltungserneuerung. In der Zwischenzeit sind 2 Jahre vergangen und wir dürfen Dr. Matzka auch heuer wieder bei der Bundesfachtagung begrüßen und über die eingeleiteten Schritte und Zielsetzungen diskutieren. Wir dürfen gespannt sein.

Doch nun zur angesprochenen Bundesfachtagung.

Das Thema wird sein:

**„ErfolgREICHE
Gemeindeverwaltungen“**

und wird vom Tiroler Landesverband unter BO Stv. Mag. Bernhard Scharmer mit seinem Team organisiert. Wer Bernhard Scharmer kennt, weiß wie gut vorbereitet diese Tagung sein wird und das sieht man auch schon an der Referentenliste. Neben zahlreichen Vertretern aus der Politik, wie Gemeindebundpräsident Mödlhammer und den Tiroler Gemeindefürsprecher Tratter werden zahlreiche Persönlichkeiten erwartet.

Für die Fachvorträge konnte Univ.-Prof. Dr. Karl Weber von der UNI Innsbruck gewonnen werden, er referiert über das Rollenverständnis Bürgermeister/Gemeindefürsprecher im Sinne einer effizienten Kompetenzverteilung Politik zu Verwaltung. Zu den Themen Betriebswirtschaft und Leadership konnten hochkarätige Manager von Deloitte und Univ.-Prof. Dr. Kurt Matzler, ebenfalls von der Universität Innsbruck gewonnen werden.

Die Bundesfachtagung findet am

**27. und 28. Oktober
im Interpalenhotel in Telfs/Buchen**

statt.

Weitere Informationen gibt es im Blattinneren, die Ausschreibung erfolgt in den nächsten Wochen über die Landesobmänner.

Ich möchte mich nochmals bei meinen Tiroler Freunden für die tolle Vorbereitung bedanken, ersuche alle interessierten Kollegen um rasche Anmeldung und freue mich schon auf ein Wiedersehen in Tirol!

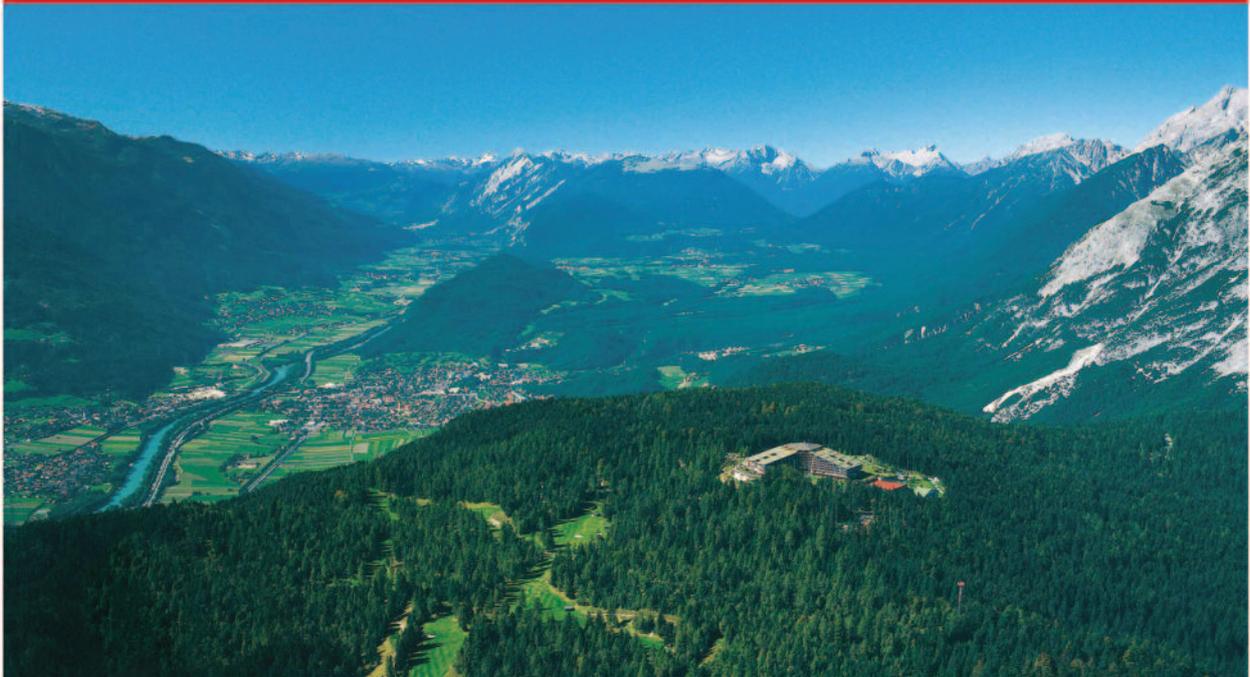
*Herzlichst, dein, Ihr
Franz Haugensteiner MSc
Bundesobmann des FLGÖ*



Fachverband
der leitenden Gemeindebediensteten Tirols



17. FLGÖ Bundesfachtagung 2015



ErfolgREICHE Gemeindeverwaltungen
27. - 28. Oktober 2015 im InterAlpenhotel Telfs/Buchen



Deloitte. kufgem. | | wvrs



**GEM
NOVA**



ARE HUMANOCARE

Bank Austria
Member of **UniCredit**



Aktuelles vom FLGT

Landesfachtagung mit Neuwahlen

Bundesfachtagung

Rechtsschutzversicherung

Landesfachtagung mit Neuwahlen

Neben der Themen „Formalfehler im behördlichen Bauverfahren“ und „Vertragsraumordnung“ standen dieses Jahr auch die Neuwahlen im Mittelpunkt der Landesfachtagung des Fachverbandes der leitenden Gemeindebediensteten Tirols (FLGT). Landesobmann Bernhard Scharmer und der gesamte Vorstand wurden dabei einstimmig in ihrer Funktion bestätigt.

Anlässlich der jährlichen Landesfachtagung des FLGT, die am 19.03.2015 im Parkhotel Hall stattgefunden hat, wurde der gesamte Landesvorstand mit BezirksleiterInnen in der Generalversammlung für weitere vier Jahre einstimmig bestätigt.

In Anwesenheit der Ehrengäste Bgm. Dr. Eva Maria Posch, Mag. Günther Zangerl, GF Mag. Peter Stockhauser und von 75 Teilnehmern gab Landesobmann Scharmer einen kurzen Rückblick über die letzte

abgelaufene Periode und die vergangenen Projekte. Ein Highlight hierbei war unter anderem die Berufsordnung der Tiroler Gemeindeamtsleiter, welche auch österreichweit großen Anklang fand. Neben dem ständigen Ausbau der Musterbescheid- und Verordnungssammlung wurde auch eine Wissensplattform auf der Vereinshomepage www.flgt.at geschaffen. Erst kürzlich erfolgte eine österreichweite Aussendung von Unterlagen einer Rechtsschutzversicherung für leitende Gemeindebedienstete. Über



FLGT-Vorstand mit Mag. Günther Zangerl (Abteilung Gemeindeangelegenheiten – Amt der Tiroler Landesregierung), GF Mag. Peter Stockhauser (Tiroler Gemeindeverband) und Bgm. Dr. Eva Maria Posch (Stadtgemeinde Hall in Tirol) (v.l.)

vierzig Vorstandssitzungen und mehr als dreißig verschiedene Veranstaltungen spiegeln die Arbeit des ehrenamtlichen Vereins wider.

Die in der Generalversammlung vorgestellten Ziele und Visionen für die kommende Periode zeigen die Bemühungen des FLGT, die Gemeinden bei ihrer operativen Abwicklung zu unterstützen und den Arbeitsalltag wesentlich zu erleichtern, was am Ende auch dem Bürger zu gute kommt. Bei der Vorstellung des Veranstaltungsprogramms wurde auch ein kurzer Ausblick auf die kommende Bundesfachtagung in Tirol gegeben.

Im Anschluss an die Generalversammlung fanden zwei spannende Fachvorträge zum Thema „Vertragsraumordnung – Die Zulässigkeit von zivilrechtlichen Verträgen in der örtlichen Raumplanung“ mit RA Mag. Stefan Gamsjäger von der Innsbrucker Rechtsanwaltskanzlei „law experts“ und „Vermeidung von Formalfehlern im behördlichen Bauverfahren“ mit Richter Dr. Franz Triendl vom Landesverwaltungsgericht Tirol statt.

17. FLGÖ-Bundesfachtagung 2015

Der FLGT veranstaltet vom 27. bis 28. Oktober 2015 die Bundesfachtagung des Fachverbandes der leitenden Gemeindebediensteten Österreichs (FLGÖ) im Interalpen Hotel in Telfs. Diese Veranstaltung findet zum ersten Mal in Tirol statt. Alle österreichischen Bürgermeister und Gemeindeamtsleiter sowie Vertreter von Behörden und Verbänden werden hierzu eingeladen.

Diese Tagung steht unter dem Motto „**Erfolgreiche Gemeindeverwaltungen**“ mit dem Ziel der Optimierung des Gemeindeerfolgs

unter Heranziehung von aktuellen betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen und Methoden. Namhafte Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Sport haben bereits ihr Kommen zugesagt. Eine spannende Bundesfachtagung zu folgenden Themen wird erwartet:

- ▽ Erfolgsfaktoren für die öffentliche Verwaltung der Zukunft
- ▽ Führung muss führen - Erfolg durch motivierte Mitarbeiter
- ▽ Rollenverständnis Bürgermeister/Gemeindeamtsleiter - Effiziente Kompetenzverteilung Politik/Verwaltung
- ▽ Mit betriebswirtschaftlichem Wissen zu mehr Unternehmenserfolg
- ▽ Leadership 2.0 - Nutzung der kollektiven Intelligenz

Eine konkrete Einladung wird Mitte April österreichweit an alle öffentlichen Institutionen versendet.

Rechtsschutzversicherung für leitende Gemeindebedienstete

Gebietskörperschaften wie Gemeinden sind einem stetigen gesellschaftspolitischen Wandel ausgesetzt. Auch das Anspruchsverhalten der BürgerInnen und die Sensibilisierung im Zusammenhang mit Compliance-Bestimmungen wirken sich zunehmend aus.

Dies spiegelt sich in der Vielfalt der an leitende Gemeindebedienstete übertragenen Aufgaben und Verantwortung wider. Medial bekannt gewordene Fälle haben gezeigt, dass es dabei rasch zum Vorwurf eines Fehlverhaltens kommen kann. Eine persönliche strafrechtliche Verfolgung oder eine sonstige rechtliche Inanspruchnahme sind mögliche

Konsequenzen, auch wenn ein solcher Vorwurf sich schlussendlich als ungerechtfertigt herausgestellt hat. Die Übernahme derartiger Kosten, beispielsweise für Ermittlungs- und Strafverfahren oder für die Abwehr von Regressforderungen durch die Gemeinde, ist meist durch bestehende Versicherungen nicht ausreichend abgesichert.

GrECo JLT hat im Auftrag und in Zusammenarbeit mit dem FLGT und der Roland Rechtsschutz Versicherung eine umfassende, spezifische Rechtsschutz-Versicherung für leitende Gemeindebedienstete gestaltet:

- ▽ Spezial-Straf-Rechtsschutz
- ▽ Haftungs- und Regress-Rechtsschutz
- ▽ Arbeits-Rechtsschutz
- ▽ Beratungs-Rechtsschutz

Weitere Details finden sich im internen Download-Bereich von www.flgt.at und der Anlage zu dieser Fachzeitschriftsausgabe.

Bei Interesse steht Ihnen Stefan Erhardt von GrECo JLT unter der Telefonnummer 05 04 04-582 oder per Email an s.erhardt@greco.at gerne zur Verfügung.



*Mit freundlichen Grüßen
Al. Mag. Bernhard Scharmer*

MARKTGEMEINDE TELFS
Gemeindeamtsleiter
A - 6410 Telfs, Untermarktstr. 5+7
Tel.: +43 (0) 5262 6961 1000
Mobil: +43 (0) 676 83038 213
E-Mail: bernhard.scharmer@telfs.gv.at

Landesverband Salzburg

WLAN am Dorf- bzw. Schulvorplatz

Kommunikation, Spielen, Spaß, Lachen,
Dorfgemeinschaft stärken

**NUR eine Einzelmeinung
die zum Nachdenken
anregen soll!**

Die Diskussion, dass man in jeder Lebenslage und an jedem Ort eine WLAN-Verbindung vorfinden sollte, hat nun auch unsere Gemeinde erreicht.

In diesem Artikel will ich die vielen Vorteile des Internets und von WLAN-Verbindungen nicht schmälern. Ich will auch nicht hinterfragen was es heißt, wenn man sein eigenes WLAN öffnet, dass auch 10 andere gesperrte Netze in meiner Umgebung angezeigt werden.

Nein! In diesem Artikel möchte ich unsere Gedanken ein wenig in die Vergangenheit, in die Gegenwart aber auch in die Zukunft schweifen lassen. Dabei sollten wir überlegen, die wir alle in Gemeinden leben, wie es uns mit unserem Zusammenleben, unserer Dorfgemeinschaft, der gegenseitigen Hilfe und dem füreinander Dasein, geht!

Was war gestern!

Wir waren Kinder, trafen uns nach der Schule, spielten miteinander, lernten uns besser kennen und daraus entstanden auch tiefe und ehrliche Freundschaften. Wir sprachen unsere Probleme an, wir lösten diese auch -

einmal besser, einmal schlechter. Das miteinander Spielen regte unsere Phantasie an, wir bastelten verschiedenste Dinge aus einfachen Materialien, wir bauten Schneeburgen, Baumhäuser und gehörten zu unserer eigenen Gang.

Wir lebten unsere Kindheit aus, hatten viel Spaß und fanden viele Freunde, die wir großteils bis heute noch haben.

Aus diesen Freundschaften entstand Vertrauen und dass wir uns auf den anderen verlassen können. Auch Hilfsbereitschaft, das Einsetzen für die Gemeinschaft, gemeinsam etwas zu unternehmen und hoffentlich auch im Alter immer noch füreinander da zu sein, das sind Werte die aus Freundschaften entstehen.

Rückblickend eine tolle Zeit!

Was ist heute!

Auch meine Kinder sind schon lange im Zeitalter des Internets angekommen. Leider nicht immer zu ihrem Vorteil. Wenn sie sich heute mit Freunden treffen wird immer weniger gemeinsam gespielt. Das

heißt nicht, dass sie nicht spielen. Sie spielen einfach nicht mehr so oft miteinander, sondern jeder für sich auf seinem technischen Gerät.

Die Kreativität wird sozusagen schon „ins Haus“ geliefert. Die Phantasie rückt immer mehr in den Hintergrund. Auf einmal ist in den Schnee hinaus zu gehen nicht mehr so wichtig. Bewegung macht scheinbar nicht mehr so viel Spaß, wenn man stattdessen ja viel besser im geheizten Wohnzimmer sitzen und auf einem technisches Gerät - das immer mehr zum „besten Freund“ wird - herum klicken kann.

Es ist auch leider eine Tatsache, dass wir heute mit unserer Vielbeschäftigung und dem Dauerstress, immer weniger Zeit für die Gemeinschaft aufbringen „können“, was sehr schade ist.

Die Zeit verändert sich und wir verändern uns mit ihr!

Was wird morgen sein?

...

Da es aber um Gemeinden und unsere Gemeinschaft geht, stelle ich



Foto: Mag. Fuchsberger



Fotos: Shutterstock/Fuchsberger

mir auch die Frage, was muss unser Ziel sein, um auch in Zukunft noch

- von Gemeinschaft,
- Miteinander,
- gegenseitigem Helfen,
- für einander da sein,
- Freiwilligenarbeit,
- Idealismus,
- Hilfsbereitschaft,

... reden zu können. Wollen wir alle Leistungen, die wir in unserer noch funktionierenden Gemeinschaft brauchen, bezahlen, vergeben, EU-weit ausschreiben oder schauen wir über den Zaun und fragen unseren Nachbarn ob er uns behilflich ist?

Aber nun zurück zum eigentlichen Thema!

Es ist sicherlich toll, wenn man am Dorfplatz, vor der Schule, vor dem Seniorenwohnhaus oder im gesamten Stadtgebiet kostenloses WLAN nützen kann.

Aber ist das wirklich eine so tolle technische Errungenschaft, von der wir auch noch in 20 Jahren sagen werden - WOW?!

Wenn ich unsere Volksschüler auf dem Schulvorplatz vor oder nach dem Unterricht beobachte, dann sehe ich ein buntes Treiben. Die Kinder laufen, springen und spielen fangen. Natürlich wird auch manchmal ein Kampf austragen, aber das gehört

dazu. Sie reden und lachen miteinander und manche verabreden sich vermutlich für den Nachmittag um etwas zu unternehmen. Es werden im Winter Schneebälle geschossen und Schneemänner gebaut. Und im Sommer ohne Schuhe über unseren Barfußweg gelaufen. Ein schönes Bild!

Wenn ich aber dagegen über gut frequentierte öffentliche Plätze mit freiem WLAN gehe, vermisse ich dieses „Durcheinander“ an Kindern oder Menschen, diesen Lärmpegel gefüllt mit Lachen und Lebenslust, wo man sich auch kennen lernt. Ich vermisse diesen Mittelpunkt eines dörflichen, städtischen und menschlichen Miteinanders.

Dafür sehe ich Monotonie!

Jeder sitzt auf seinem Platz, ein Laptop, ein Handy, ein Tablet in der Hand, auf dem Schoß oder sogar auf einem Beistelltisch. Jeder chatet oder telefoniert mit einem anderen und das alles nebeneinander!

Konflikte werden fast ausschließlich „schriftlich“ (SMS, Whatsapp, usw.) ausgetragen und es wird teilweise verlernt, wie man mit ihnen von Mensch zu Mensch umgeht. Jemanden kennen zu lernen und ein gemeinsames Leben miteinander zu verbringen, wird dadurch sicherlich nicht einfacher. Denn dafür muss immer noch die Chemie stimmen und ein gutes Bauchgefühl gegeben

sein und das kann kein WLAN übertragen!

Ich denke, dass die Zeit reif ist darüber nachzudenken, wie wir unsere Zukunft gestalten möchten. Und ob die Dinge von gestern nicht auch ihren Charme gehabt und uns sehr positiv geprägt haben. Es ist eine Überlegung wert.

Ich komme noch aus dieser Generation und es freut mich immer wieder, wenn ich Kinder, die unsere Zukunft gestalten werden, spielen, laufen, lachen, miteinander reden, streiten usw. sehe.

**Wie gesagt,
eine Einzelmeinung!**

**Aber es stellt sich
trotzdem die Frage ...**

**Schenken wir unseren Kindern
etwas, wenn wir alle Plätze der
Welt mit WLAN ausstatten
oder
nehmen wir unseren Kindern
etwas Wertvolles weg?**



Ihr/Euer
Mag. Erwin Fuchsberger
E-Mail: erwin.fuchsberger@gde-elsbethen.at

Smarte Finanzierungen für Gemeinden

Es geht auch anders

Forderungseinlösung, Leasing, PPP:
Die Bank Austria bietet attraktive Alternativen
zum klassischen Kommunaldarlehen.

In puncto alternative Finanzierungen ist die Angebotspalette der Bank Austria groß. Sie reicht etwa von Forderungseinlösungen über diverse Formen von Public Private Partnerships oder PPP-ähnlichen Lösungen bis hin zu Leasing für Immobilien und Fahrzeuge.

Welchen Nutzen solche alternativen Finanzierungen bringen, weiß zum Beispiel die Salzburger Stadtgemeinde Zell am See. Sie hat in Kooperation mit der UniCredit Leasing, einer Tochtergesellschaft der Bank Austria, den Neubau des Schulzentrums Schüttdorf finanziert.

Im Rahmen einer Immobilien Leasingkonstruktion hat eine Projektgesellschaft der UniCredit Leasing das Schulgebäude errichtet und nach Baufertigstellung der Stadtgemeinde Zell am See zur langfristigen Nutzung übergeben. Die Schlüsselwörter, auf die es dabei ankommt, lauten „**Maastrichtrelevant**“, „**Stabilitätspaktkonform**“ und „**nicht defizitwirksam**“.

Schuldenneutral finanzieren

„Insgesamt wurden für das neue Schulgebäude in Zell am See 7,65 Millionen Euro exklusive Umsatz-

steuer investiert. Abzüglich eines Eigenmittelanteils von 3,78 Millionen Euro verbleiben 3,87 Millionen Euro, die wir in Form von monatlichen Leasingraten über eine vorab festgelegte Laufzeit begleichen“, erklärt Peter Padourek, M.A., Bürgermeister von Zell am See. Bei dieser Lösung scheinen die Eigenmittelzahlungen sowie die Leasingschulden in den Büchern der Gemeinde auf. Die monatlichen Leasingraten werden wie gewöhnliche Mietzahlungen erfasst.

Padourek: „Mit diesem Finanzierungsmodell haben wir eine Lösung gefunden, die für alle Be-

Finanziell und ökologisch nachhaltig

Der von der UniCredit Leasing in Kooperation mit der Stadtgemeinde Zell am See, dem Architekturbüro Karl+Bremhorst, dem Ingenieurbüro Rothbacher, dem Büro TAP – Technische Anlagen Planungsteam und MW Baumanagement realisierte Neubau des Schulzentrums Schüttdorf zeichnet sich durch einen sehr kompakten Baukörper aus, der sich optimal in das Landschaftsbild einfügt. Passivhausstandard, Qualität der Materialien im Innenausbau und hohe Ansprüche an die Innenraumluftqualität erfüllen auf ökologische Weise moderne Komfortanforderungen.

Für seine Gesamtkonzeption wurde der Schul-Neubau für den



Schulzentrum Schüttdorf in Zell am See:
Budgetschonend finanziert und für seine ökologische Bauweise für den Staatspreis für Architektur und Nachhaltigkeit nominiert.

Foto: Nikolaus Faistauer Photography

Staatspreis für Architektur und Nachhaltigkeit nominiert sowie bereits im Oktober 2014 mit dem

„klima:aktiv Zertifikat GOLD“ ausgezeichnet.

teiligten von Vorteil ist. Für unsere Bürgerinnen und Bürger konnten wir ein wichtiges Projekt umsetzen und den Vorsteuerabzug lukrieren. Gleichzeitig halten wir alle Regelungen und Vorgaben im Rahmen von Maastricht, Stabilitäts-pakt und Schuldenbremse ein.“



Peter Padourek, M.A.,
Bürgermeister Zell am See
Foto: Nikolaus Faistauer Photography

Die Alternativen zum klassischen Kommunaldarlehen

Die **Bank Austria** bietet in Sachen Kommunalfinanzierungen eine breite Palette an Lösungen, die die Kriterien „Maastrichtkonform“, „Stabilitätspaktschonend“ und „nicht defizitwirksam“ optimal erfüllen:

- Forderungseinlösung
- Immobilienleasing
- Kommunales Kfz-Leasing
- Kommunales Fuhrparkmanagement
- Public Private Partnerships (PPP) bzw. PPP-ähnliche Lösungen

Nähere Details erhalten Sie bei Ihrer Gemeindebetreuerin bzw. Ihrem Gemeindebetreuer, auf publicsector.bankaustria.at oder unter Tel. +43(0)5 05 05-41691 sowie auf unicreditleasing.at oder unter Tel. +43(0)5 05 88-8310.

Bürgermeister/innen Seminar

SEMINAR GESUNDHEITSFÖRDERUNG FÜR BÜRGERMEISTER/INNEN UND AMTSLEITER/INNEN

Um die eigenen Ressourcen zu stärken und um gesundheitsförderliche Strukturen in der Gemeinde/Stadt zu unterstützen, gestaltet der Fonds Gesundes Österreich gemeinsam mit dem Gemeindebund ein Seminar, das den Bedürfnissen der Bürgermeister/innen bzw. Amtsleiter/innen in klarer und kompakter Form entspricht. Es bildet eine wesentliche Grundlage für die Umsetzung der Gesundheitsförderung in der Gemeinde/Stadt und ermöglicht den Teilnehmer/innen auch einen kritischen Blick auf ihre eigene Gesundheit.

Zielgruppe:

- Bürgermeister/innen
- Vizebürgermeister/innen
- Ortsvorsteher/innen
- Amtsleiter/innen

Gruppengröße: 6 – 20 Personen

Seminardauer: 3 Tage

Seminar:

- Grundlagen der Gesundheitsförderung
- Gesundheitsförderung in der Gemeinde lebbar machen
- Projektmanagement, Fördermanagement
- Lebensqualität und Gemeindeentwicklung
- Ressourcenfindung
- Ernährung
- Bewegung
- Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit

Ziel:

Dieses Seminar soll Grundlagen der kommunalen Gesundheitsförderung in Theorie und Praxis vermitteln und gibt die Möglichkeit zu einer kritischen Reflexion des eigenen Umgangs mit Gesundheit und des persönlichen Gesundheitszustandes.

Termin:

23.-25.04.2015
Burgenland, Stegersbach
Hotel Larimar****
Anmeldeschluß: 2.4.2015

Information und Anmeldung:

petra.gajar@goeg.at
01/895 04 00-12
<https://weiterbildungsdatenbank.fgoe.org>



Landesverband Oberösterreich

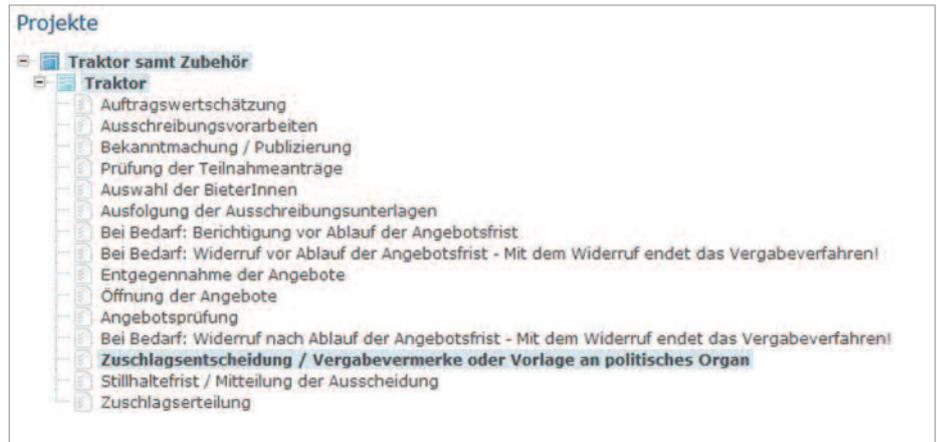
Kostenlos für Oö. Gemeinden: Elektronischer Vergabehelfer „eVer“

351 Paragraphen, unzählige Seiten und Anhänge, viele Interpretationen. Das Bundes-Vergabegesetz stellt viele Klein- und Mittelgemeinden trotz verlängerter Schwellenwertverordnung vor beinahe unlösbare Probleme.

Immerhin investieren die Gemeinden jährlich rund zwei Milliarden Euro in neue Projekte (Präsident Mödlhammer, www.gemeindebund.at). Nachdem eine Umgehung der Vergaberichtlinien keine Option für Gemeinden ist und die BBG (Bundes-Beschaffungsgesellschaft) nicht alle Vergaben von Gemeinden abdecken kann, hat zumindest das Bundesland Oberösterreich eine Lösung geschaffen. Als Nachfolger von V-Opti wurde von der IKT Linz GmbH, dem EDV-Dienstleister der Stadt Linz, die Software **eVer**, das elektronische Vergabemanagement, entwickelt. Der Oö. Gemeindebund hat die Software in der Entstehung mitbegleitet und stellt diese mit einer kurzen Grundschulung den Mitgliedsgemeinden nun kostenlos zur Verfügung.

Elektronisches Vergabemanagement „eVer“

eVer ist die elektronische Unterstützung der wesentlichen Phasen einer Ausschreibung – also die Zusammenstellung der Vergabeunterlagen, die Bekanntmachung samt Bereitstellung der Vergabeunterlagen zur Angebotslegung, die Abgabe eines Angebots sowie die



Prüfung und die Wertung. Die einzelnen Schritte im Vergabesystem sind abhängig vom gewählten Verfahren; jedes der 28 möglichen Verfahren besteht aus Arbeitsschritten, die sich wiederum aus Formularen und Arbeitsanweisungen (To do's) zusammensetzen. Sichere Verwaltung und Eingabe garantiert übrigens das inkludierte Berechtigungssystem mit Lese- und Bearbeitungserlaubnis.

190 Formulare sowie ca. 1000 unterschiedliche Formularfelder mit einer benutzerfreundlichen Eingabemaske sprechen für sich. Eine nützliche weitere Auswahlmöglichkeit: Die sogenannte Metaebene. Wird ein Formularfeld einer Metaebene zugeordnet, muss dieses Feld nur einmal eingegeben werden und gilt dann für den gesamten Gültigkeitsbereich (z.B. das Logo des Auftraggebers, Beschreibung des Projekts, etc.). Jede Vergabestelle erhält so individuelle Dokumente ohne zusätzlichen Mehraufwand.

Wofür kann eVer von den Gemeinden eingesetzt werden?

Sie brauchen einen neuen Traktor für den Winterdienst, wollen eine Bürgerservicestelle in das Rathaus

einbauen oder eine Straße samt Unterbau sanieren? Das Elektronische Vergabemanagement „eVer“ ...

- ist der erste Schritt zur elektronischen Vergabe und soll dem Benutzer helfen, zunächst das richtige Verfahren auszuwählen und dann die richtigen Schritte zu setzen

- klärt über die Möglichkeiten der Vergabe auf

- hilft beim Anlegen der Projekte und schlägt alle Arbeitsschritte vor, von der Ausschreibungsvorbereitung über Auswahl der Bieter bis zur Auftragsvergabe an Best- oder Billigstbieter

- kann eine Firmenliste anlegen oder importieren (z.B. aus k5)

- erstellt automatisch die richtigen Dokumente im DOC und PDF-Format mit dem Gemeinde-Briefkopf, auch Serienbriefe

- bietet eine umfangreiche Hilfe-Seite

- ist im Portalverbund über das Kommunalnet erreichbar

- ist mandantenfähig (zentrale Verwaltung durch den Oö. Gemeindebund)

- pflegt immer den aktuellen Stand des Bundesvergabegesetzes ein

- speichert nachvollziehbar sämtliche Vergaben

Der Oö. Gemeindebund hat im November 2014 bereits zwei Schulungen für Gemeinden abgehalten. Weiters wird auf der Gemeindebund-Website www.ooegemeindebund.at (GVS & Seminare - E-GVS - Allgemeines - eVer) eine kostenlose Online-Schulung angeboten. Zusätzlich gibt es eine Dokumentation, wie die Rechte für eVer in Kommunalnet zugeordnet werden können. Fragen zu eVer beantwortet Frau Luzia Mayer vom Oö. Gemeindebund, E-Mail Mayer@ooegemeindebund.at

Meine Meinung

Der Oö. Gemeindebund hat hier gemeinsam mit der Stadt Linz den richtigen Schritt gesetzt, um den Gemeinden den Umgang mit dem Vergaberecht zu erleichtern.

Verwaltungsgerichtshof: E-Mail ist out

Die unscheinbare Verordnung im Bundesgesetzblatt Ende des Jahres 2014 „VwGH-elektronischer-Verkehr-Verordnung – VwGH-EVV“ bringt ein wichtiges Thema auf den Tisch. Ist die Kommunikation per E-Mail noch zeitgemäß oder ist es vielmehr höchstens an der Zeit, Alternativen zu überlegen? Die aktuellsten Nutzerzahlen zeigen einen 50 %igen Nutzerrückgang bei den Jugendlichen. Hier ist die Kommunikation über Whats App, Facebook, Twitter etc. schneller, informativer und interaktiver. Nur

bei den über 55-Jährigen steigt die E-Mail-Nutzung noch an.

Der Trend ist also vorgegeben, was machen die Behörden daraus? Zurück zur angesprochenen Verordnung. Eines muss vorerst klar gestellt werden: einen Brief kann man an den VwGH immer noch schreiben, aber nur mit dem Nachweis keine andere technische Möglichkeit zu haben! Wer sich dann elektronisch an den VwGH wendet hat ab 1. Jänner 2015 die Grundsätze für die „Elektronische Einbringung von Schriftsätzen und von Beilagen zu Schriftsätzen“ zu beachten, die da (verkürzt) lauten:

1. im Wege des elektronischen Rechtsverkehrs
2. über elektronische Zustelldienste nach den Bestimmungen des Zustellgesetzes
3. mit auf der Website www.vwgh.gv.at abrufbaren elektronischen Formblättern
4. mittels Telefax
5. E-Mail ist keine zulässige Form der elektronischen Einbringung von Schriftsätzen im Sinne dieser Verordnung

Zur Klarstellung heißt es weiters: Sofern Rechtsanwältinnen oder Rechtsanwälte, Steuerberaterinnen oder Steuerberater oder Wirtschaftsprüferinnen oder Wirtschaftsprüfer Schriftsätze nicht im elektronischen Rechtsverkehr einbringen, haben sie in der Eingabe zu bescheinigen, dass die technischen Möglichkeiten zur Teilnahme am elektronischen Rechtsverkehr nicht vorliegen.

Weitere Bestimmungen beziehen sich auf die Datensicherheit (Feststellung der Identität nach dem Signaturgesetz) und auf die Ge-

bührenentrichtung (Abbuchung und Einziehung der Eingabengebühr sind im Weg der automationsunterstützten Datenverarbeitung durchzuführen). Schriftsätze von Behörden sind mit einer Amtssignatur nach § 19 des E-Government-Gesetzes zu versehen.

Meine Meinung

Schon seit Jahren stellt sich die Frage „Was kommt nach der E-Mail“ ? Vermehrt werden bereits soziale Netzwerke oder Chats in die interne Kommunikation eingebaut, siehe „Netzwerk“ im Kommunalnet. Der Begriff der "Unified Communication" ist bereits alt, gewinnt jedoch immer mehr an Bedeutung. Gemeint ist die Zusammenführung aller Kommunikationsdienste und die Integration mit Präsenzfunktionen, sodass jede Lebenslage ihr Kommunikationsmittel hat, von der Videokonferenz bis zum Sozialen Netzwerk. Bei der Diskussion darf nicht vergessen werden, dass zur rechtsverbindlichen Kommunikation auch die Digitale Signatur gehört.



Mag. (FH) Reinhard Haider
Amtsleiter der Marktgemeinde
A-4550 Kremsmünster;

Telefon: (07583) 52 55-26;
Fax: (07583) 70 49

E-Mail: haider@kremsmuenster.at

E-Government-Beauftragter
des Oö. Gemeindebundes

„Quelle: Oö. Gemeindezeitung
des Oö. Gemeindebundes“

Landesverband **Kärnten**

Landesgruppe Kärnten - Bezirk Spittal an der Drau Bericht der Bezirkstagung vom 22.01.2015

*Bezirkstagung, 22.01.2015 Schloss
Porcia, Ratssaal, Burgplatz 1,
9800 Spittal an der Drau*

Nach der Begrüßung durch den Bezirksobmann Amtsleiter Martin Lackner und den örtlichen Stadtamtsdirektor Mag. Erich Kofler folgten Grußworte des Bürgermeisters der Stadtgemeinde Spittal an der Drau, Herrn Gerhard Pirih.

Herr Bürgermeister Pirih informierte die anwesenden Amtsleiterinnen und Amtsleiter über aktuelle Entwicklungen der Stadtgemeinde Spittal an der Drau. Seine Ausführungen gaben einen Einblick in touristische, wirtschaftliche und soziale Bereiche sowie den Verwaltungsbereich der Stadtgemeinde.

Weitere Grußworte und aktuelle Informationen wurden vom Landesobmann Herrn Mag. Andreas Tischler an die Teilnehmer der Bezirkstagung gerichtet.



v.l.n.r. Bgm. Gerhard Pirih, Bezirksobmann-Stv. Martin Brandstätter, Bezirksobmann Martin Lackner, Stadtamtsdirektor Mag. Erich Kofler, Landesobmann Mag. Andreas Tischler

Als Hauptreferent konnte Herr DI Christof Seymann von der Wildbach- und Lawinerverbauung, Sektion Kärnten, gewonnen werden. Herr DI Seymann informierte die leitenden Gemeindebediensteten über die Aufgaben und Verpflichtungen der Gemeinden im Rahmen der Wildbachbegehung. Den hoch interessan-



Tagungsort Schloss Porcia, Spittal an der Drau



Teilnehmer der Bezirkstagung

ten Ausführungen des Herrn DI Seymann folgte eine angeregte Fachdiskussion.

Im zweiten Hauptreferat konnten der Leiter des Arbeitsmarktservice Kärnten, Bezirk Spittal an der Drau, Herr Johann Oberlerchner und Abteilungsleiterin Bereich Service für Unternehmen, Frau Karin Glantschnig begrüßt werden. Im Rahmen dieses Vortrages wurden die Anwesenden über die aktuellen Daten des Arbeitsmarktes im Bezirk Spittal/Drau sowie über die aktuellen Förderprogramme für Gemeinden für das Jahr 2015 informiert.

Im Abschlussteil der Tagung fand in bewährter Weise ein Erfahrungsaustausch über aktuelle Themen und Fragestellungen statt. Hier wurden Themen in den Bereichen ZPR/ZSR, VRV neu, K-AGO neu, Kärntner Raumordnungsgesetz, Geodätentag etc. diskutiert.

Im Anschluss an die Arbeitstagung hat Herr Bürgermeister Pirih die Anwesenden zu einem gemütlichen Ausklang eingeladen.

*Martin Lackner
Bezirksobmann*

Verwaltungsmanager/in Public Management

Public Management Verwaltungsmanager/in

Ziele

- Vermittlung von Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Bewältigung der Herausforderungen für kommunale Verwaltungen
- Effektive und effiziente Anwendung von strategischen und operativen Managementkonzepten und -instrumenten
- Aktive Mitarbeit am Prozess der Europäischen Integration
- Nutzung der Potenziale von Informations- und Kommunikationstechnologie
- Entwicklung von praxisnahen Lösungsansätzen für die aktive Mitgestaltung der Modernisierungs- bzw. Veränderungsprozess

Dauer

2 Semester
6 Module (insgesamt 19 Tage)

Zielgruppe

(Angehende) Führungskräfte aus der kommunalen Verwaltung, Gemeindeverbänden, anderen öffentlichen Institutionen sowie verwaltungsnahen Bereichen.

Sprache

Deutsch

Veranstaltungsort

Donau-Universität Krems

Start

siehe Homepage: www.donau-uni.ac.at/puma

Teilnahmegebühr

siehe Homepage: www.donau-uni.ac.at/puma

www.donau-uni.ac.at/puma



Die Donau-Universität Krems ist spezialisiert auf berufs begleitende universitäre Weiterbildung und bietet exklusive Master-Studiengänge und Kurzprogramme in den Bereichen • Medizin, Gesundheit und Soziales • Wirtschaft und Unternehmensführung • Recht, Verwaltung und Internationales • Bildung, Medien und Kommunikation sowie • Kunst, Kultur und Bau. Mit fast 8.000 Studierenden und 16.000 Absolventinnen aus 90 Ländern ist sie einer der führenden Anbieter von Weiterbildungsstudien in Europa. Die Donau-Universität Krems verbindet über 15 Jahre Erfahrung in post-gradualer Bildung mit Innovation in Forschung und Lehre. Krems liegt in der einzigartigen Natur- und Kulturlandschaft Wachau, 80 km von Wien entfernt.

Donau-Universität Krems. Die Universität für Weiterbildung.

Persönliche Beratung und Bewerbung

Gerlinde Ecker, MSc
Donau-Universität Krems
Zentrum für E-Governance
Dr.-Karl-Dorrek-Straße 30
3500 Krems, Austria

Tel. +43 (0)2732 893-2471
Fax +43 (0)2732 893-4000
gerlinde.ecker@donau-uni.ac.at

Impressum
Herausgeber: Donau-Universität Krems, Zentrum für E-Governance
Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Peter Parysek
Foto: www.foto.de, S. Sireci, Wikimedia
Druck: 01/2015, Alle Rechte vorbehalten, Änderungen vorbehalten.

Public Management Verwaltungsmanager/in

Certified Programm
2 Semester

www.donau-uni.ac.at/puma



in Kooperation und mit Unterstützung

**Kommunal
Akademie NO**

Inhalte

Modul 1

Public Management: Herausforderungen und Strategien

- > Ansätze und Konzepte des Public Management
- > Grundzüge strategischer Planung und Organisationsentwicklung (inkl. Prozessmanagement)
- > Rahmenbedingungen: Organisationskultur und Reformbedarf, Europäische Integration und Technologie in der Kommunalverwaltung

Modul 2

Der Amtsleiter als Manager eines Dienstleistungsbetriebes

- > Strategische Zielsetzung und Unternehmenskultur (Visionen, Leitbild und Werte)
- > Grundlagen der Führung
- > Instrumente des Personalmanagements und der Personalentwicklung

Modul 3

Neue Dienstleistungsmodelle durch Kooperation und Einsatz von Technologie

- > Möglichkeiten und Grenzen (granzüberschreitender) Verwaltungszusammenarbeit
- > Neue Organisationsmodelle (z.B. Gemeindeverbund und PPP)
- > Die Rolle der Technologie

Modul 4

Finanzielle Steuerung, öffentliches Haushaltswesen und kommunales Finanzwesen

- > Grundlagen öffentlicher Haushalte und finanzieller Steuerung
- > Kosten- und Leistungsrechnung und Interne Kontrollsysteme
- > Aktuelle Entwicklungen im Kapitalmarkt und kommunales Finanzwesen

Modul 5

Instrumente für eine effektive Steuerung

- > Projekt- und Prozessmanagement
- > Grundzüge des Qualitätsmanagements und Controllings
- > Präsentations- und Moderationstechnik

Modul 6

Kommunikation als Schlüsselfaktor

- > Formen der Mitarbeiterinnengespräche
- > Ziele und Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit
- > Erfahrungsaustausch mit anderen Verwaltungseinheiten (Exkursion)

Hausarbeit

Im Rahmen des Lehrgangs ist eine eigenständige und praxisorientierte Hausarbeit zu erstellen.

Abschluss

Jedes Modul wird mit einer Prüfung abgeschlossen. Den Abschluss des Lehrgangs bildet die Präsentation der Hausarbeit. Nach erfolgreicher Ablegung aller Prüfungen wird dem/der Studierenden ein Abschlussprüfungszeugnis ausgestellt. Dieses enthält einen Nachweis über alle abgelegten Prüfungsfächer.

Die absolvierten Studienleistungen können für weiterführende Aus- und Weiterbildungen an der Donau-Universität Krems angerechnet werden.

Verantwortungsvoll Führen in der Gemeindeverwaltung von heute

Das Programm zielt darauf ab, Fertigkeiten und Know-how zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen für kommunale Verwaltungen zu vermitteln. Diese umfassen insbesondere die effektive und effiziente Anwendung von strategischen und operativen Managementkonzepten und -instrumenten, die aktive Mitarbeit am Prozess der Europäischen Integration, die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologie sowie die Entwicklung von praxisnahen Lösungsansätzen für die aktive Mitgestaltung von Modernisierungs- und Veränderungsprozessen.

Der Lehrgang stellt eine Weiterentwicklung des „Führungskräftelehrgangs für Gemeindebedienstete“ der Kommunalakademie Niederösterreich dar.

Landesverband Vorarlberg

Homepage des Landesverbandes Vorarlberg in der offiziellen Homepage des FLGÖ-Dachverbandes www.flgö.at

In den letzten Wochen und Monaten wurden nach verschiedensten Abklärungen und Abstimmungsarbeiten die Seiten des Landesverbandes Vorarlberg in der offiziellen Homepage des FLGÖ-Dachverbandes www.flgö.at befüllt.

Es ist einiges an Informationen zusammengetragen worden, wie zB. Daten und Fakten zum FLGÖ Landesverband Vorarlberg, die Verzeichnisse der Mitglieder bzw. der Amtsleiter oder die Zusammensetzung des Landesvorstandes.

Aber auch die Niederschriften unserer vergangenen Hauptver-

sammlungen sowie eine Übersicht der abgehaltenen Tagungen und Veranstaltungen mit Programm.

Ebenfalls wurde eine Fotogalerie eingerichtet.

Es ist beabsichtigt, einen Teil der Informationen des Landesverbandes künftig über diese Homepage zu transportieren. In separaten E-Mails wird eigens noch darauf hingewiesen werden.

Selbstverständlich wird die Homepage des FLGÖ Vorarlberg noch weiter ausgebaut und ergänzt. Viel Spaß aber schon jetzt beim

„Durchblättern“! Ein Streifzug durch unsere Homepage lohnt sich bestimmt!

Anregungen und Wünsche an die Homepage nimmt euer Obmann GSekr. Helmut Burger gerne entgegen.



*Euer GSekr. Helmut Burger
FLGÖ Landesobmann Vorarlberger
helmut.burger@koblach.at*



20 Jahre Salzburg bei der EU - das Land Salzburg ist seit 23 Jahren in Brüssel vertreten

1992 eröffnete Salzburg als erstes österreichisches Bundesland ein EU-Verbindungsbüro in Brüssel, um in der Zeit der Beitrittsverhandlungen erste wertvolle Erfahrungen für die Interessenvertretung als Region auf dem Brüsseler Parkett zu sammeln. Heute ist Österreich seit 20 Jahren

Mitglied der Europäischen Union und in Brüssel sind rund 300 europäische Regionen mit eigenen Verbindungsbüros vertreten, darunter alle österreichischen Bundesländer (Ausnahme Vorarlberg). Die Regionalbüros in der EU-Hauptstadt dienen als Drehkreuz für Informa-

tionen zwischen der EU-Ebene und der Politik, den Verwaltungen und den BürgerInnen daheim.

Um Salzburgs Interessen in Brüssel einzubringen bzw. durchzusetzen, arbeitet das Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU kontinu-

ierlich und eng mit VertreterInnen der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments sowie anderer EU-Mitgliedstaaten und Regionen aus Europa zusammen. Hinzu kommt der Kontakt mit österreichischen VertreterInnen auf Rats-Ebene in Brüssel.

Für das Land Salzburg haben sich mit dem EU-Beitritt Österreichs zahlreiche Änderungen ergeben, diese reichen vom erleichterten Reisen durch den Wegfall der Grenzkontrollen über grenzüberschreitende PendlerInnenströme von und zu den deutschen und italienischen Nachbarregionen bis hin zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (Italien – Österreich; Deutschland/Bayern – Österreich und Alpenraum) mit anderen EU-Regionen.

Die EuRegio Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein, die 1995 als freiwilliger und partnerschaftlicher Zusammenschluss von Gemeinden aus dem Land Salzburg und aus den Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein gegründet wurde, ist für das Land heute die wichtigste Partnerin in Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Sie hat das Miteinander im gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum auf politischer, wirtschaftlicher und persönlicher Ebene positiv geprägt und wesentlich intensiviert.

Nicht zuletzt fließen bedeutende Summen aus den EU-Töpfen nach Salzburg. Das Land lukriert wichtige

Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (2013: 40 Projekte), aus dem Europäischen Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (2013: insgesamt 87,88 Mio EUR aus EU-, Bundes- und Landesmitteln) oder auch aus dem Europäischen Sozialfonds (2013: 650.000 EUR).

Weiters gibt es im Land zahlreiche individuelle Initiativen wie jene vom Verein Akzente Salzburg (2013: knapp 110.000 EUR), der EU-Mittel direkt für eigene Jugendaktivitäten im Land Salzburg aus Brüssel „abholt“.

Das vom Land Salzburg beauftragte Regionalbüro ERASMUS und der Verein Akzente Salzburg informieren interessierte Jugendliche bei einem Antrag für ein aus EU-Mitteln finanziertes ERASMUS-Stipendium im Rahmen von Ausbildung bzw. Studium und unterstützen diese bei der Antragstellung.

Ein Spezial-Eurobarometer der EU-Statistikbehörde vom 15. Jänner 2015 untersuchte - anlässlich der 20-jährigen Mitgliedschaft Österreichs, Schwedens und Finnlands – die EU-Stimmung in Österreich. Das Umfrageergebnis zeigt, dass die ÖsterreicherInnen der EU 20 Jahre nach dem Beitritt mehrheitlich positiv gegenüber stehen. 87% der Befragten fühlen sich als „EuropäerInnen“. Zentrale Errungenschaften der EU wie Mobilität, die Stärkung der Rolle Österreichs in Europa oder der Ausbau der Infrastruktur werden als

konkrete positive Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft gesehen. 49% aller Befragten sprechen sich explizit für eine stärkere Zusammenarbeit aus.

Die beste Garantie für eine hohe Akzeptanz politischer Entscheidungen sind Teilhabe und Information. Landespolitik, Landesverwaltung, Unternehmen sowie interessierte BürgerInnen des Landes werden vom Verbindungsbüro des Landes zur Europäischen Union bei der Organisation von EU-Fachprogrammen in Brüssel unterstützt. Jährlich besuchen so hunderte Salzburgerinnen und Salzburger mit Hilfe des Verbindungsbüros des Landes Salzburg die EU-Institutionen (u. a. EU-Kommission, EU-Parlament, Rat, Ausschuss der Regionen, Ständige Vertretung Österreichs bei der EU etc.) in Brüssel.



*Ihre Mag.^a Michaela Petz-Michez,
M.E.S. MBA
Leiterin Verbindungsbüro
des Landes Salzburg zur EU
& Fachabteilungsleiterin a.i.
Landes-Europabüro
Rue F. Pelletier, 107, B-1030 Brüssel
T. +32 2 7430760, F. +32 2 7430761,
E. michaela.petz@salzburg.gv.at*

Wissen sie eigentlich was man unter

www.flgö.at

alles finden kann?

Nicht! Dann lade ich herzlich ein unsere Homepage zu erkunden.

Die Ferienzeit wird von vielen SchülerInnen und Studierenden für ein Praktikum genutzt. Häufig sind berufliche Praktika in der schulischen und universitären Ausbildung als Ergänzung zum theoretischen Unterricht verpflichtend vorgeschrieben. Teilweise sind aber die rechtlichen Grundlagen in Bezug auf die Arbeitssicherheit und den Gesundheitsschutz für PraktikantInnen nicht immer bekannt. Diese Grundlagen werden daher nachfolgend näher erläutert.

Wichtige Punkte, die bei der Beschäftigung von PraktikantInnen zu beachten sind:

Unterweisung:

Wichtig: Vor Beginn der Tätigkeit unbedingt eine nachweisliche Unterweisung durchführen.

Achtung: Hinweise auf Verhalten im Brandfall und bei Erste Hilfe nicht vergessen.

PSA

(persönliche Schutzausrüstung):

Bei Tätigkeiten mit der Notwendigkeit der Verwendung von PSA unbedingt dafür sorgen, dass die notwendige PSA (siehe Arbeitsplatz-evaluierung) vorhanden und deren korrekte Verwendung bekannt ist.

Betriebsanweisungen:

- Für den Arbeitsbereich vorhandene Betriebsanweisungen zur Verfügung stellen.
- Sicherheitsdatenblätter für zu verwendende Arbeitsstoffe zur Verfügung stellen.
- Innerbetriebliche Festlegungen in Bezug auf Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz weitergeben.

Arbeitszeit (PraktikantInnen, welche das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben):

Es gelten die Einschränkungen des Kinder- und Jugendarbeitgesetzes:

- Jugendliche unter 18 dürfen höchstens acht Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich arbeiten. Bei einer Verteilung der Arbeitszeit darf die tägliche Arbeitszeit maximal 9 Stunden betragen, die wöchentliche höchstens 45 Stunden.
- Jugendliche dürfen in der Nachtzeit von 20 bis sechs Uhr nicht beschäftigt werden.
- An Sonntagen und an den gesetzlichen Feiertagen dürfen Jugendliche nicht beschäftigt werden.

Tätigkeiten (Praktikanten, welche das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben):

Verboten sind Nacharbeit, Beförderung höherer Geld- und Sachwerte, Arbeiten in bestimmten Betrieben, gefährliche Arbeiten (z.B.: Arbeiten auf Baustellen, auf Gerüsten, Tragen von schweren Lasten, etc.) oder Arbeitsmittel (z.B.: Säge-, Hobel-, Fräs-, Schneidmaschinen, etc.). Bestimmte Tätigkeiten dürfen nur unter Aufsicht verrichtet werden, bestimmte Tätigkeiten erst ab einem Mindestalter von 16 oder 17 Jahren.



*Ing. Horst Fackler, MSc
Leiter des Fachbereichs Sicherheitstechnik beim AMD Salzburg
www.amd-sbg.at*

AMD - Salzburg

Für weitere Informationen stehen Ihnen Ihre Präventivkräfte des AMD Salzburg gerne zur Verfügung.
Besuchen Sie außerdem unsere Homepage www.amd-sbg.at
oder werden Sie Fan auf www.facebook.com/AMD.Salzburg.